

AHV-Reform: FBP sieht die Erhöhung des Staatsbeitrages kritisch

In ihrer Stellungnahme zur langfristigen Sicherung der AHV begrüsst die FBP zwar das Gesamtpaket, übt aber auch Kritik.

Die Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP) hat ihre Vernehmlassungsstellungnahme zu den vorgeschlagenen Massnahmen zur langfristigen finanziellen Sicherung der AHV eingereicht. Sie unterstützt einen ganzheitlichen Reformansatz, wie sie in einer Medienmitteilung schreibt. Darin übt sie aber auch Kritik. Sie bemängelt die verspätete Behandlung der Vorlage durch die Regierung. Zudem kritisiert die Partei, dass keine vollständige 20-Jahres-Betrachtung vorliege, welche für eine rechtzeitige und fundierte Weichenstellung im Landtag jedoch zwingend notwendig gewesen wäre. Eine dauerhafte Erhöhung des Staatsbeitrages ist aus FBP-Sicht nicht notwendig.

FBP begrüsst höhere Beiträge und Rentenalter

Die geplante Erhöhung der Beitragssätze wertet die FBP als wirksames Instrument. Allerdings hält sie auch fest: «Entscheidend ist, dass die Massnahme von den Wirtschaftsverbänden mitgetragen und die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Liechtenstein nicht beeinträchtigt wird.» Auch die schrittweise Erhöhung des Rentenalters sei angesichts der ge-

stiegenen Lebenserwartung sachlich nachvollziehbar. Die FBP fordert hierbei jedoch eine bessere Datengrundlage über Frühpensionierungen. Es müsse im Bericht und Antrag klar zwischen dem reinen Vorbezug der Rente und dem tatsächlichen Ausscheiden aus dem Erwerbsleben unterschieden werden, um das effektive Pensionierungsalter in Liechtenstein transparent darzustellen.

Ja zur Einmaleinlage, nein zur dauerhaften Subvention

Eine klare Absage erteilt die FBP der dauerhaften Erhöhung des jährlichen Staatsbeitrags von 30 auf 35 Millionen Franken. Diese Steigerung um 16 Prozent sei gemäss den Berechnungen der Regierung selbst nicht notwendig, um den gesetzlichen Mindestwert des AHV-Fonds zu erreichen.

«Eine Steigerung um 16 Prozent als <moderat> zu bezeichnen, ist zumindest erklärungsbedürftig. Die langfristige Sicherung der AHV darf nicht darauf beruhen, den Staatshaushalt regelmässig stärker zu belasten. Das wäre kein strukturelles Gleichgewicht, sondern eine schleichende Abhängigkeit», wird Parteipräsident Alexander Batliner zitiert.



FBP-Parteipräsident Alexander Batliner zeigt die Kritikpunkte auf.

Bild: eingesandt

Stattdessen befürwortet die FBP die geplante Einmaleinlage von 100 Millionen Franken, da dies das künftige Ertragspotenzial des Fonds stärkt, ohne künftige Budgets dauerhaft zu belasten. «Angesichts des soliden staatlichen Finanz-

vermögens ist eine einmalige Kapitalstärkung des AHV-Fonds vertretbar – aber sie muss eine Ausnahme bleiben. Bereits 2020 wurde eine Einmaleinlage in gleicher Höhe vorgenommen. Es darf kein Automatismus entstehen, bei dem bei

jeder AHV-Überprüfung automatisch eine neue Einlage folgt», stellt Batliner klar.

Entlastung durch Mehrwertsteuer-Einnahmen

Die FBP weist in ihrer Stellungnahme nochmals auf ihren Vor-

schlag hin, die Erhöhung des Staatsbeitrages in Verbindung mit einer möglichen Mehrwertsteuererhöhung zu prüfen. Es ist noch offen, ob und in welchem Umfang die Schweiz die Mehrwertsteuer erhöhen wird. Sollte Liechtenstein dadurch Mehreinnahmen entstehen, gelte für die FBP immer noch der Grundsatz, dass diese der Bevölkerung zugutekommen. «Eine gezielte Stärkung der AHV wäre dafür aus unserer Sicht eine sinnvolle Möglichkeit. Damit könnte gleichzeitig die Belastung durch andere Massnahmen – insbesondere bei Beitragssatz und Rentenalter –, soweit sachlich vertretbar, reduziert werden», unterstreicht Parteipräsident Alexander Batliner.

Zusammenarbeit der Koalitionspartner

Die FBP bekräftigt in ihrer Stellungnahme ihre Bereitschaft zur konstruktiven Mitarbeit. Für die langfristige Sicherung der AHV benötige es tragfähige politische Mehrheiten. «Aus unserer Sicht wäre es sinnvoll, wenn die beiden Koalitionsparteien dabei gemeinsam nach einer langfristig tragfähigen Lösung suchen», so Alexander Batliner. (manu)